

Eckdaten zum Haushalt 2018

Ausschuss für Informationstechnik und
digitale Verwaltung

20.11.2017

Überblick Produkt 01.16.01

Informationstechnik

Kreis Mettmann
Info-Service

E-Government / IT in
der Kreisverwaltung

IT in den Schulen in
Kreisträgerschaft

& Einheitliche
Behördenrufnummer
115

4 Berufskollegs,
3 Förderschulen,
4 Förderzentren mit 7
Standorten

Ziele und Aufgaben

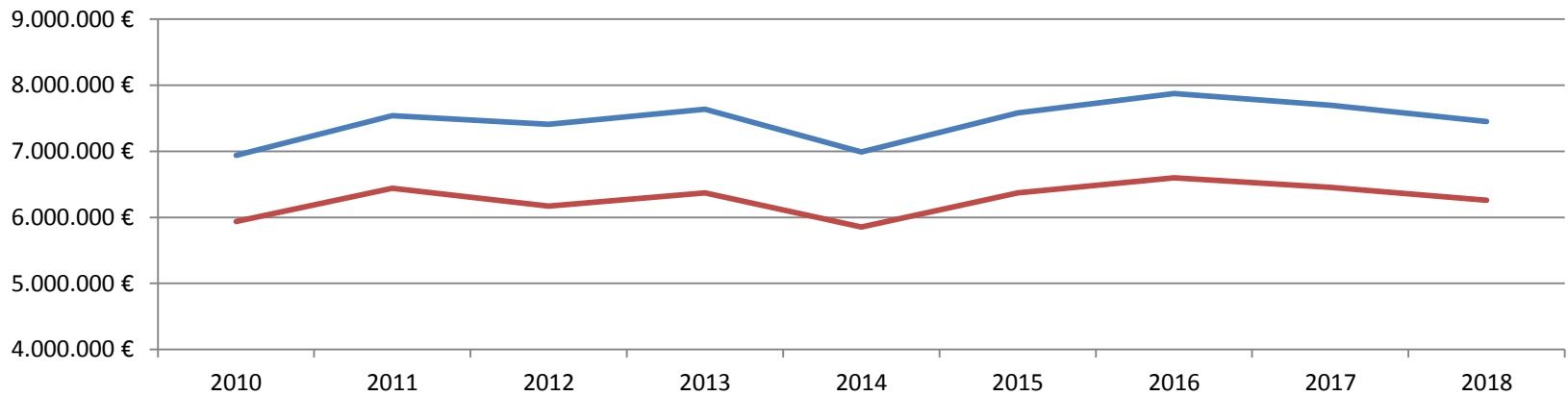
- Den Fachämtern optimale Lösungen zur Verfügung stellen
- Verwaltungsprozesse effektiv und effizient gestalten
- Ausbau von E-Government-Maßnahmen
- Weiterentwicklung der IT-Infrastruktur und Sicherheit
- IT-Beitrag zu einer attraktiven und leistungsfähigen Bildungslandschaft
- Die Einwohner durch den Kreis Mettmann Info-Service unterstützen

Besonderheiten im Planjahr 2018

- E-Akte, Scankonzepte, Ausbau Dokumentenmanagementsysteme (Masterplan E-Government)
- Berufskollegs – Umsetzung Medienentwicklungsplanung (MEP)
- Digitalisierungsmaßnahmen „Gute Schule 2020“
- Fortführung Vorbereitung Rechenzentrumsbetrieb-Auditierung/Zertifizierung
- Modernisierung IT-Infrastruktur (Maldienste, Client-Betriebssysteme, Bürokommunikationssoftware)

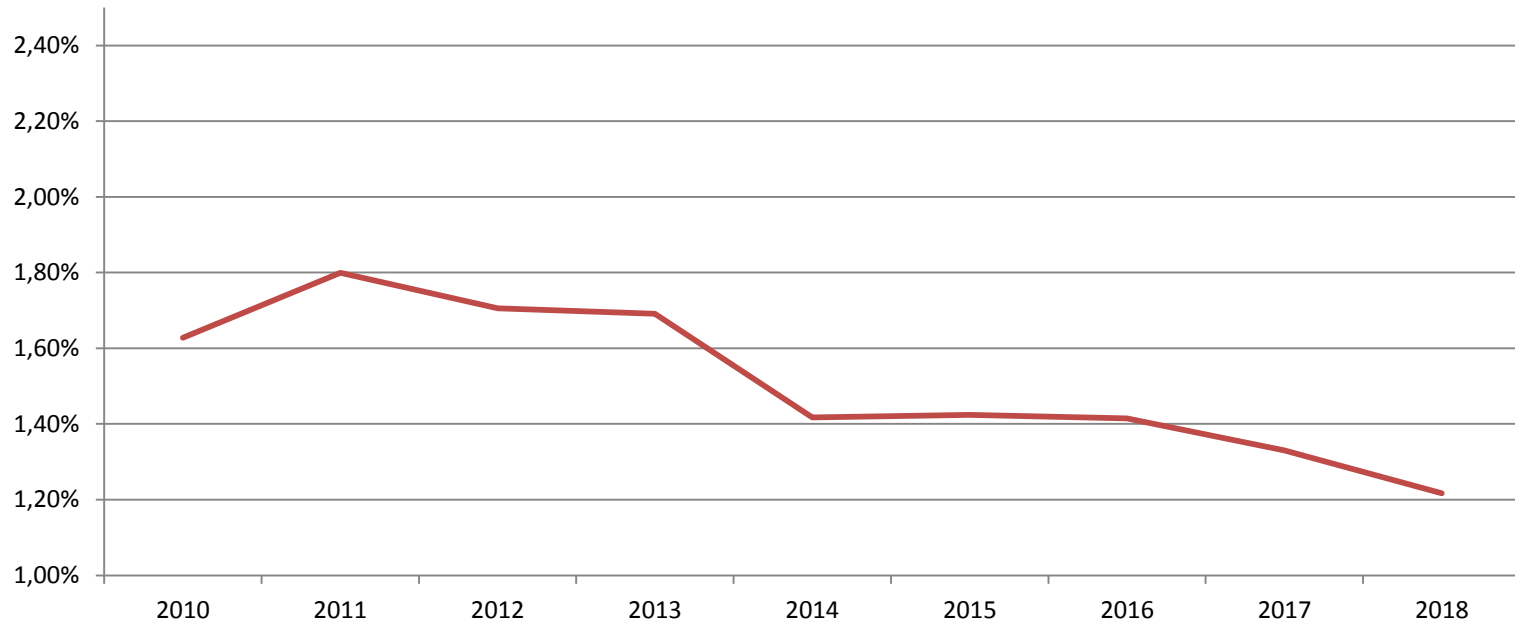
IT-Kosten Teilergebnisplan

--- IT-Kosten mit Schulen --- nur Verwaltung
(bis einschließlich 2016 Ist-Werte, ab 2017 Plan-Werte)



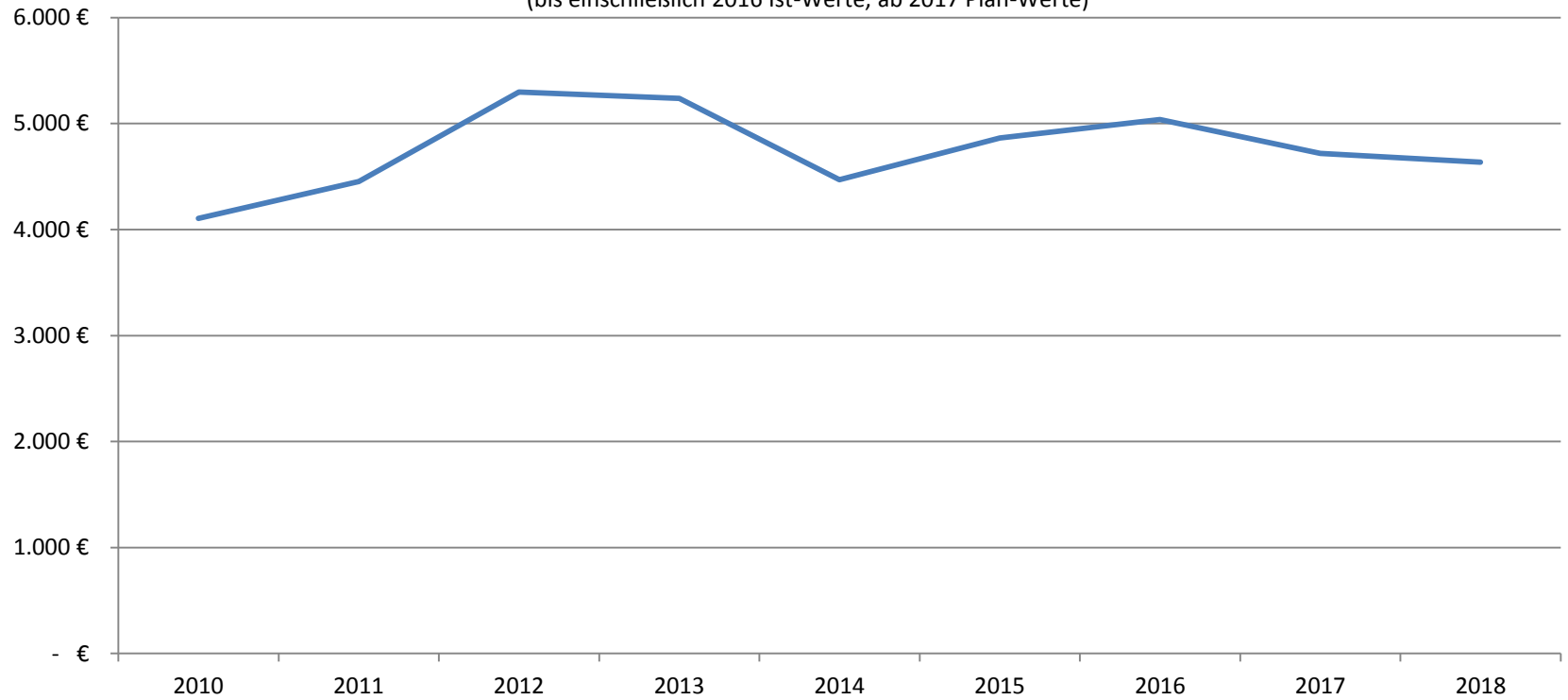
Anteil IT-Kosten am Gesamtergebnisplan

(bis einschließlich 2016 Ist-Werte, ab 2017 Plan-Werte)



IT-Kosten pro Arbeitsplatz

(bis einschließlich 2016 Ist-Werte, ab 2017 Plan-Werte)

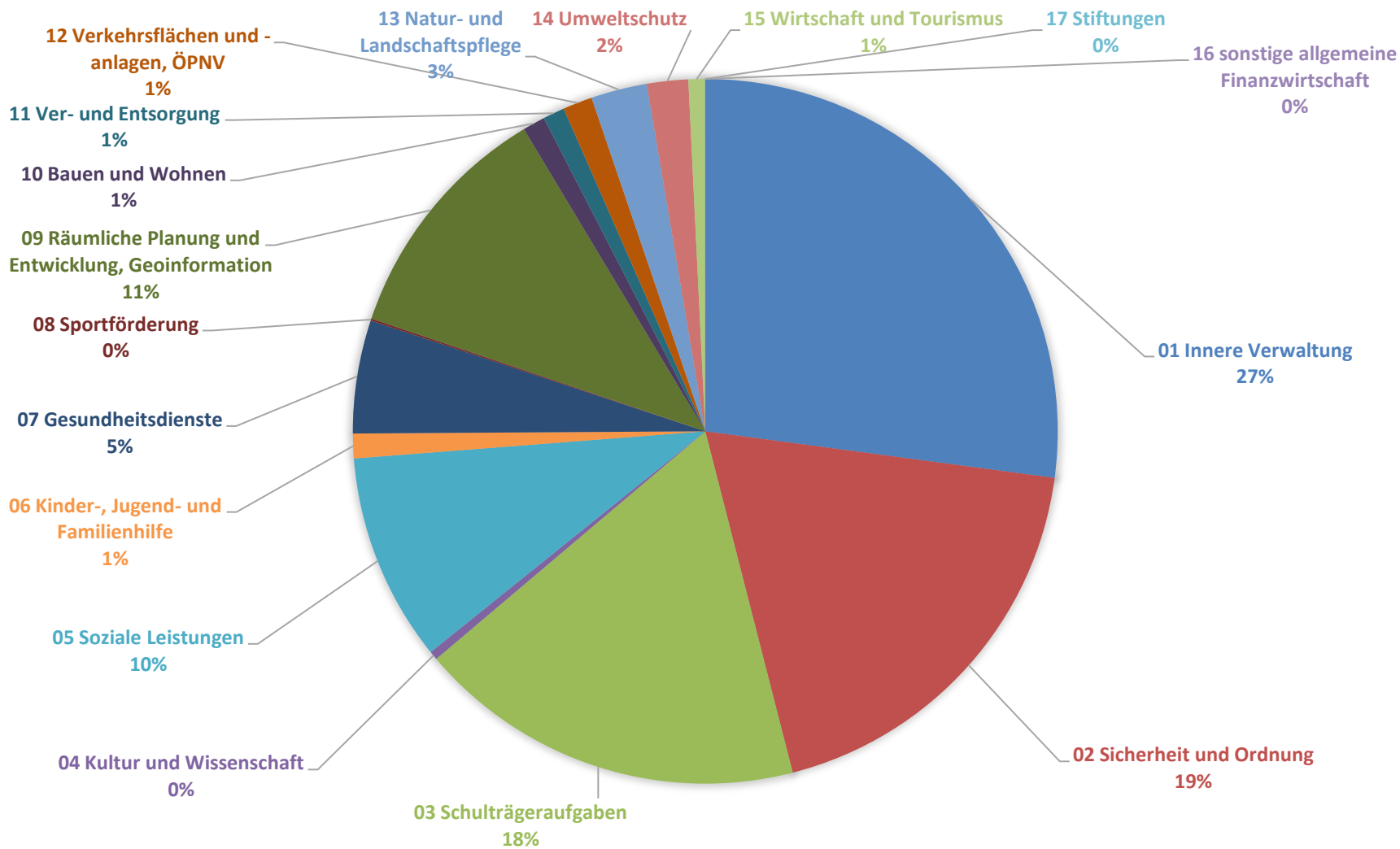


Ergebnisplanung 2018

Erlöse in Euro		Aufwendungen in Euro	
Erlöse ka Städte	92.500,00	Personalkosten	3.522.400,00
Erstattungen Dritter	69.650,00	bilanzielle Abschreibungen	759.300,00
Erlöse Kreis:	7.449.900,00	geringwertige Wirtschaftsgüter	280.000,00
01 Innere Verwaltung	2.019.950,00	Dienstleistungen / Betriebsleistungen	630.000,00
02 Sicherheit und Ordnung	1.407.650,00	Softwarepflege	1.100.000,00
03 Schulträgeraufgaben	1.326.850,00	Hardwarewartung u. Unterhaltung techn. Anlagen	272.000,00
04 Kultur und Wissenschaft	29.950,00	Miete IT	180.000,00
05 Soziale Leistungen	711.350,00	Telekommunikationsaufwand	364.000,00
06 Kinder -, Jugend und Familienhilfe	84.200,00	Reisekosten	8.000,00
07 Gesundheitsdienste	386.500,00	Fortbildung Amt für Informationstechnik	35.000,00
08 Sportförderung	7.300,00	Leasing IT	86.450,00
09 Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformation	835.200,00	Sonstiges (z.B. Verbrauchskosten Druckmanagement)	374.900,00
10 Bauen und Wohnen	76.650,00	Verwaltung / Schulen, Anwenderschulungen,	
11 Ver- und Entsorgung	74.050,00	IT-Verbrauchsmaterial, Unterhaltung Dienstfahrzeuge,	
12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	100.750,00	Umlage Zweckverband KDN, Elektronikschrottsorgung,	
13 Natur- und Landschaftspflege	191.450,00	Geschäftsaufwand des Amtes etc.)	
14 Umweltschutz	140.900,00		
15 Wirtschaft und Tourismus	56.500,00		
16 sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	0,00		
17 Stiftungen	650,00		
Gesamt	7.612.050,00	Gesamt	7.612.050,00

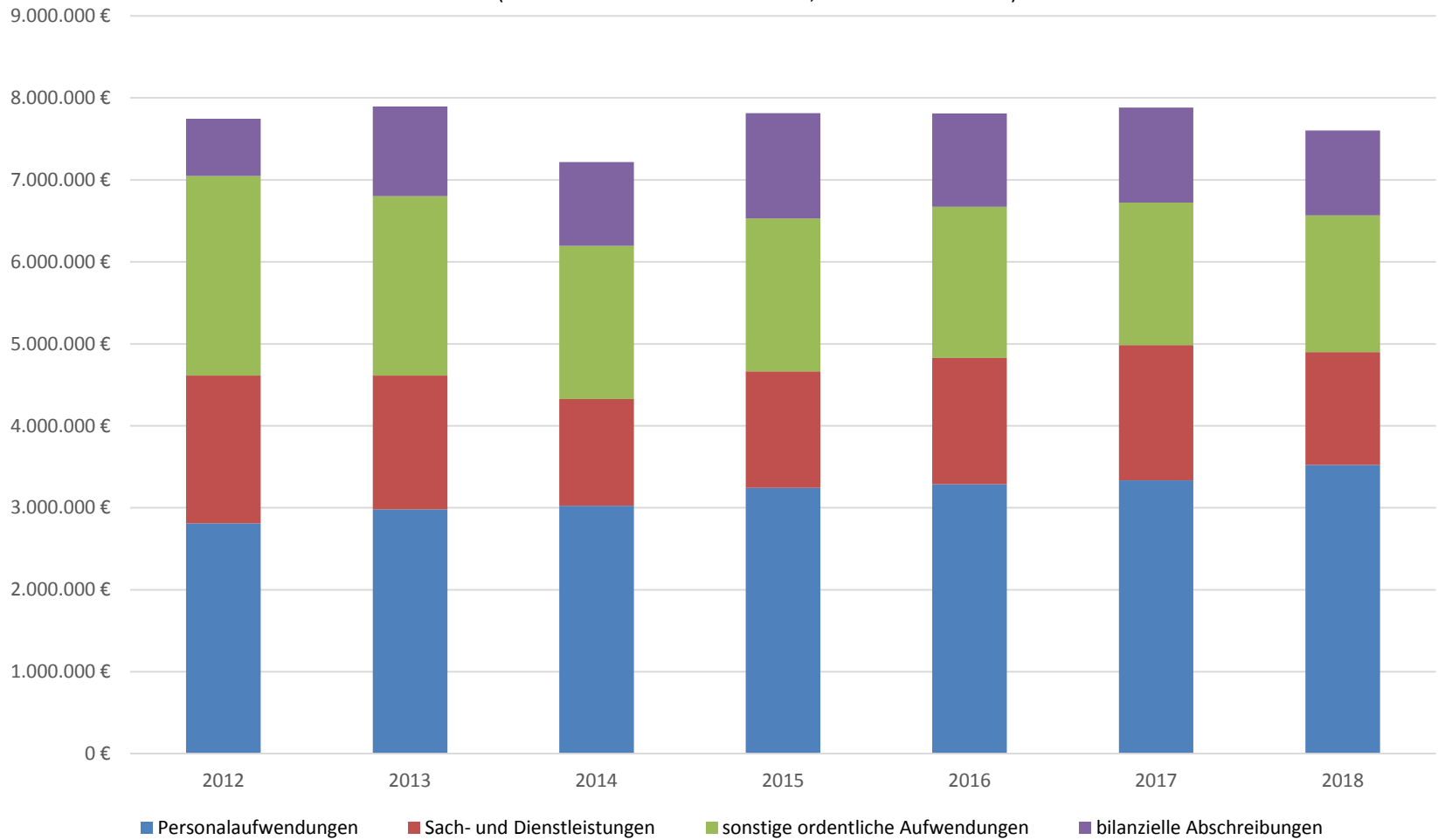
IT-Leistungen nach Aufgabenbereichen

*Anteile zwischen 0 EUR und 10.000 EUR sind hier mit 0% dargestellt.



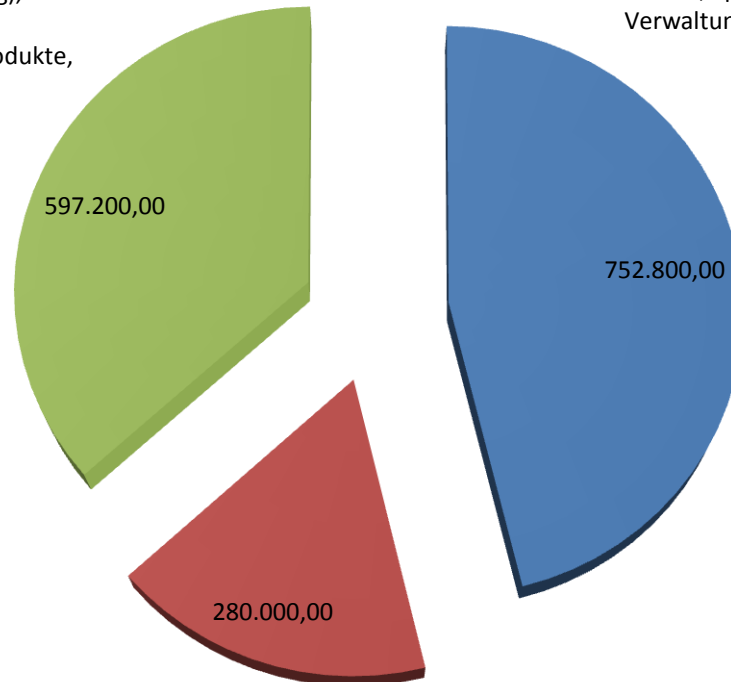
IT-Kosten Teilergebnisplan

(bis einschließlich 2016 Ist-Werte, ab 2017 Plan-Werte)



Gesamt-Investitionen 2018

u.a. E-Akte, Ausbau Dokumentenmanagementsysteme (Masterplan E-Government), Erweiterung und Einführung von Fachverfahren (IT-Fachplanung), Erneuerung Präsentationstechnik, Einführung neuer IT-Sicherheitsprodukte, Klimatisierung Technikräume, Umstellung All-IP (Ablösung ISDN), TK-/Netzausbau, etc.



Server , Speichersysteme (inkl. Datensicherung Verwaltung und Berufskollegs), Firewall-System

- Einzelinvestitionen über 50 TEUR
- Anschaffung unter 410 EUR
- Investitionen unter 50 TEUR

u.a. IT-Endgeräte wie z.B. PCs, Monitore, Peripheriegeräte etc. für die Verwaltung und die Schulen (Austausch, Ausbau bzw. Medienentwicklungsplanung) etc.

LiMux: Bund der Steuerzahler rügt Millionenverschwendung in München

06.10.2017 15:59 Uhr

Stefan Krempf



Das Hin und Her zwischen Windows und Linux in der Münchner Stadtverwaltung empört nun auch den Bund der Steuerzahler. Als "skandalösen" Fehlschlag wertet dieser auch die Gesundheitskarte und andere staatliche IT-Großprojekte.

Der Bund der Steuerzahler hat den 2003 **beschlossenen Wechsel**[1] von Windows zum Linux-basierten Betriebssystem LiMux bei der Münchner Stadtverwaltung und die **nun geplante Rolle rückwärts zu Microsoft**[2] in sein aktuelles, am Donnerstag herausgegebenes **Schwarzbuch**[3] zur "öffentlichen Verschwendung" **aufgenommen**[4]. Die Migration sei als "IT-Experiment für 19,1 Millionen Euro" offenbar gescheitert, meint der Verein. Die Münchner hätten mit dem Umstieg "kein Glück" gehabt. Nun werde die beabsichtigte Rückkehr zu Produkten der Redmonder "weitere Steuergelder in Millionenhöhe verschlingen".

Seinerzeit sei davon ausgegangen worden, "dass der mit 'LiMux' verfolgte Open-Source-Ansatz von mehreren Organisationen verfolgt werden würde, so dass sich Linux als ernst zu nehmende Alternative zu Windows für Arbeitsplätze in größeren Organisationen entwickeln würde", schreiben die privaten Prüfer. "Doch leider kam es anders als gedacht." Das Ziel der Münchner, mit ihrer IT-Infrastruktur herstellerunabhängig zu werden sowie Lizenz- und Hardwarekosten zu sparen, sei auf Dauer nicht erreichbar gewesen.

Uneinheitliche Client-Landschaft

"Heute sind wir mit einer vornehmlich auf Linux ausgerichteten Clientlandschaft in vielen Fällen mit teilweise großen Schwierigkeiten und zusätzlichen Kosten konfrontiert, wenn es darum geht, professionelle Anwendungssoftware am Markt zu erwerben und zu betreiben", ließ die Stadt München den Bund der Steuerzahler wissen. Sie sei bereits seit Jahren gezwungen, neben LiMux auch Windows-Systeme zu verwenden, "da wir anderweitig unsere Geschäftsprozesse nicht geeignet unterstützen können". Auf Dauer führe dieser Zustand dazu, dass der Betrieb der uneinheitlichen Client-Landschaft "nicht mehr kosteneffizient gestaltet werden kann". Daher solle nun ein Konzept für einen weiteren Neustart mit Windows erstellt werden.

Für den Steuerzahlerbund hat sich LiMux so als "folgeschwere Fehlentscheidung" erwiesen, wobei er aber außen vor lässt, dass München zunächst nach eigenen Berechnungen mit der Migration auf freie Software innerhalb von weniger als zehn Jahren über zehn Millionen Euro **sparen konnte**[5]. Unberücksichtigt bleibt auch, dass die Rückmigration **nicht aufgrund technischer Fehler**[6] bei LiMux nötig wurde und es sich dabei um eine **politische Entscheidung**[7] handelt. Dass in **anderen Städten wie Schwäbisch-Hall**[8] alles gut läuft mit Linux, erwägen die Bürokratiegegner ebenfalls nicht.

"Elektronische Gesundheitskarte immer noch nicht richtig nutzbar"

Für das Schwarzbuch 2017/18 befasst sich der Verein generell in einem Sonderkapitel erstmals mit "Fehlschlägen" der digitalen Verwaltung. Ein besonders "skandalöses Beispiel" **ist für ihn dabei**[9] die **elektronische Gesundheitskarte**[10], da diese "elf Jahre nach ihrer Einführung sowie voraussichtlichen Kosten für Praxen, Kliniken und Krankenkassen in Höhe von 2,2 Milliarden Euro immer noch nicht richtig genutzt werden kann". Ein ebenso gravierendes Problem sei die mangelhafte Entwicklung von einheitlichen IT-Systemen im Steuer- und Sozialversicherungssystem, die alle staatlichen Ebenen miteinander verbinden sollten. Unkoordinierte Planungen hätten die Steuerzahler auch hier bereits Millionen Euro gekostet.

Konkret gehen die Verfasser des Schwarzbuchs etwa auch auf ein **Spendenportal**[11] in Form einer "Crowdfunding-Plattform" in Schleswig-Holstein ein, über die bislang nur 230.000 Euro für 125 Projekte ausgezahlt worden sei. In dem Bundesland sei zudem die digitale Bearbeitung von Beihilfeanträgen **vorläufig gescheitert**[12], was sich als sehr kostspielig erweise. In Hamburg habe sich das Softwareprojekt "Kooperation Personaldienste" (KoPers) zum **digitalen Millionengrab**[13] entwickelt, während das Programm "Jus-IT" für die Sozialbehörde von **Pleiten, Pech und Pannen**[14] gezeichnet sei. In Berlin sorgten Probleme beim Umstieg auf ein neues Softwaresystem in der Justiz **für ein "IT-Chaos"**[15]. (*Stefan Krempl*) / (**anw**[16])

URL dieses Artikels:

<http://www.heise.de/-3851844>

Links in diesem Artikel:

[1] <https://www.heise.de/meldung/Microsoft-kann-in-Muenchen-nicht-fensterln-79789.html>

[2] <https://www.heise.de/meldung/Aus-fuer-LiMux-Muenchner-Stadtrat-sagt-zum-Pinguin-leise-Servus-3626623.html>

[3] <https://www.schwarzbuch.de/aufgedeckt/steuergeldverschwendung-alle-faelle/>

[4] <https://www.schwarzbuch.de/aufgedeckt/fall-details/it-experiment-fuer-191->

millionen-euro/

- [5] <https://www.heise.de/meldung/Linux-in-Muenchen-Ueber-10-Millionen-Euro-gespart-1755574.html>
- [6] <https://www.heise.de/meldung/Muenchner-IT-Leiter-zu-LiMux-Es-gibt-keine-groesseren-technischen-Probleme-3644868.html>
- [7] <https://www.heise.de/meldung/LiMux-Linux-in-Muenchen-unter-politischem-Beschuss-2260806.html>
- [8] <https://www.heise.de/meldung/LiMux-Nachahmer-fuer-die-Muenchner-Linux-R-evolution-185519.html>
- [9] <https://www.steuerzahler.de/Das-ist-die-oeffentliche-Verschwendung-2017-18/87283c99230ilp637/index.html>
- [10] <https://www.heise.de/meldung/Erste-Generation-der-elektronischen-Gesundheitskarte-ist-ungueltig-3849656.html>
- [11] <https://www.schwarzbuch.de/aufgedeckt/fall-details/schleswig-holstein-startet-eigene-crowdfunding-plattform/>
- [12] <https://www.schwarzbuch.de/aufgedeckt/fall-details/schleswig-holstein-verschwendet-23-millionen-mit-software/>
- [13] <https://www.schwarzbuch.de/aufgedeckt/fall-details/software-kopers-wird-zum-digitalen-millionengrab-fuer-den-steuerzahler/>
- [14] <https://www.schwarzbuch.de/aufgedeckt/fall-details/neue-behoerdenssoftware-wird-deutlich-teurer-und-kommt-jahre-spaeter/>
- [15] <https://www.schwarzbuch.de/aufgedeckt/fall-details/it-chaos-in-der-berliner-justiz/>
- [16] <mailto:anw@ct.de>